

Antrag

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Zulassung aller Kandidaten und Kandidatinnen zu den Wahlen im Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nur mit einem Parlament, das den positiven Willen der Bevölkerung unverfälscht repräsentiert, kann der Iran die schwierigen Herausforderungen meistern, die vor ihm liegen. Neben dem allgemeinen und gleichen aktiven Wahlrecht ist dafür ein passives Wahlrecht erforderlich, das die ungehinderte Möglichkeit gewährleistet, sich um einen Parlamentssitz bewerben zu können.

Mit großer Sorge verfolgt der Deutsche Bundestag, dass über 3 000 Bewerberinnen und Bewerber, darunter sogar rd. 90, die dem gegenwärtigen Parlament angehören, zu einer Kandidatur bei der Parlamentswahl nicht zugelassen werden.

Der Deutsche Bundestag erwartet von den iranischen Autoritäten, dass sie diese Entscheidungen korrigieren und alle Kandidaten und Kandidatinnen zur Wahl zulassen.

Berlin, den 11. Februar 2004

Franz Müntefering und Fraktion

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

